

Wer trifft den Nerv des Standes besser?

Ständerat Claude Janiak ist sicher, den Kanton gut zu repräsentieren. Elisabeth Schneider sieht sich aber eher legitimiert

Sie mögen und schätzen sich. Doch in einem Punkt sind sie sich uneins: Er gehöre ins Stöckli, sagt Claude Janiak (SP). Nein, sie gehöre dorthin, sagt Elisabeth Schneider (CVP).

VON JÜRIG GOHL

Elisabeth Schneider, Sie und Caspar Baader fordern den aktuellen Ständerat Claude Janiak heraus. Sind Sie nicht zufrieden mit dem Vertreter des Standes Baselland?

Elisabeth Schneider: Es steht mir nicht an, die Leistungen des aktuellen Baselländer Ständerats zu qualifizieren. Es geht vielmehr darum, dass die Mitte-Politik als stärkste Kraft eine eigene Ständerats-Kandidatur braucht. Es braucht im Ständerat eine Ständesvertretung, die zwischen den Polen Links und Rechts steht.
Claude Janiak: Die CVP sagte, dass sich ihre Kandidatur gegen Caspar Baader richtet, um den Wählerinnen und Wählern eine bürgerliche Alternative zu bieten. Wir müssen ohnehin aus diesem Links-Rechts-Schema herausfinden.
Schneider: Wenn uns schon nur ein Ständerat zusteht und er in Bern allein das Baselland zu vertreten hat, dann muss es dieser schaffen, aus diesem Links-Rechts-Gezerre auszubrechen.

Gestehen Sie Claude Janiak zu, Baselland richtig zu repräsentieren?

Schneider: Er gehört zur SP. Ihr Parteiprogramm mit seinem Zündstoff kennen wir. Es ist ja nicht zu bestreiten, dass die SP in den vergangenen Jahren im Ständerat nicht gerade sehr erfolgreich agiert hat. Die SP ist eine Minderheit im Stöckli, sie hat nicht die nötige

« Ich habe mir bei für meine Partei wichtigen Vorlagen bisweilen erlaubt, anders zu stimmen als die SP. »

Claude Janiak, SP-STÄNDERAT

Schlagkraft. Deshalb kann ein SP-Politiker den Kanton nie so erfolgreich vertreten wie jemand aus der Mitte.

Claude Janiak, Sie stellten sich kürzlich als erfolgreichen Vertreter des Kantons dar. Was stimmt nun?

Janiak: Erstens muss ich ganz klar festhalten, dass die SP im Ständerat mehr erreicht als im Nationalrat, weil sie in der kleinen Kammer konsensorientierter politisiert. Zweitens möchte ich für mich reklamieren, dass ich es bei Themen, die für unsere Region wichtig sind, geschafft habe, zum Beispiel die



SP-Ständerat Claude Janiak lässt sich von seiner CVP-Herausforderin Elisabeth Schneider nicht einfach in die linke Ecke drängen. Die Nationalrätin reklamiert den Sitz im Stöckli für die politische Mitte, also für sich selber.

MARTIN TÖNGI

CVP hinter mich zu bringen und damit Mehrheiten zu schaffen. Das ist Elisabeth Schneider in ihrer Partei bei der Schiffahrt nicht gelungen.

Schneider: Elisabeth Schneider war damals erst wenige Tage im Rat und hatte so keine Chance, zu lobbyieren. Ich konnte ein paar Stimmen hinter uns holen. Das kann man mir nicht vorwerfen.
Janiak: Fazit bleibt: Ich habe es geschafft. Man könnte auch das Universitätsförderungsgesetz zur Sprache bringen, für das ich mich für die Region starkgemacht habe – im Gegensatz zu Frau Schneider.

Claude Janiak, Sie spielen Ihre Erfahrungen und Ihr Netzwerk aus. Wie wichtig ist es denn, im Ständerat verwurzelt zu sein?

Schneider: Ernsthafte. Man muss sich Platz und Respekt verschaffen. Ich habe als Landrätin in Liestal bewiesen, dass ich mir diesen Respekt durchaus verdienen kann. Das würde mir auch im Ständerat gelingen. Da bin ich sicher.

Die CVP ist die stärkste Partei im Ständerat. Ist das denn ein Vorteil?

Janiak: Dafür ist sie sehr breit. Bei einzelnen Themen, nehmen wir das Beispiel der Kampfjets oder die Atomenergie, da vollführt die CVP einen Spagat, wie es ihn bei keiner anderen Partei gibt.

Schneider: Das ist eben ein Charakteristikum einer Mittelpartei. Sie ist breit und muss sich immer wieder finden. Sie marschiert nicht streng nach einem Parteiprogramm. Da haben es die Polparteien viel einfacher.

Janiak: Keine Angst, bei der SP wird auch gestritten. Ich habe mir bei für meine Partei wichtigen Vorlagen bisweilen erlaubt, anders zu stimmen als die SP.

Das AHV-Alter 62 zum Beispiel.

Janiak: Ja, das finde ich absurd. Gegenwärtig haben wir zwei sehr wichtige Themen zu behandeln. Das eine ist die Sicherheitspolitik, die nicht auf die Armee beschränkt sein kann. Das andere die Kernenergie. Da sind sich in der CVP Bundesrätin und Parteipräsident einig und die beiden CVP-Kommissionspräsidenten andererseits und die Fraktion uneins.

Schneider: Ich spüre, dass bei den Sicherheitsfragen die Linke die Armee durch die Hintertür abschaffen will.

Janiak: Das ist wohl ein Witz. Ich stehe hinter dem Standpunkt des Bundesrats, eine Armee mit 80 000 Personen zu haben. Immerhin zähle ich zu jenen sechs Personen im Land, die wöchentlich über die Sicherheitslage in der Schweiz informiert werden. Bei einer Bedrohung ruft mich Bundesrat Maurer oder der Nachrichtendienst an. In keinem dieser Fälle, die ich in den vergangenen Jahren mitbekommen habe, hätten uns Kampfjets etwas genützt.

Schneider: Die SP sieht die Frage der Rüstungsausgaben immer nur unter dem Aspekt der Bedrohung an. Doch da spielen auch andere Punkte, etwa wirtschaftliche, eine Rolle.

Vom Kampfjet zum Wahlkampf. Claude Janiak, Sie sagten, sie freuen sich auf die Herausforderer, weil so Ihre Leistungen ins Rampenlicht kommen. Zuerst denkt man da an Ihren Auftritt als GPK-Präsident bei der Libyen-Krise.

Janiak: Das war pressemässig vielleicht der Höhepunkt, es gab auch den Bericht zur UBS, die vielleicht noch wichtigere

Geschichte. Ich habe einen Leistungsausweis erstellt, den man auf meiner Website abrufen kann. Aus Nordwestschweizer Optik sind für mich die verkehrspolitischen Fragen zentral. Daneben habe ich gerne Anliegen der Wirtschaft übernommen, nämlich in Bildung, Forschung und Innovation, auch wenn meine Fraktion anderer Meinung war. Gerade bei der Forschung, bei der EVP und CVP bisweilen Bedenken anmelden, bin ich auf einer liberalen Li-

« Claude Janiak gehört einer Partei an, die sich in für uns wichtigen Fragen forschungsfeindlich gegeben hat. »

Elisabeth Schneider, CVP-NATIONALRÄTIN

nie. In der Rechtskommission war ich überdies sehr erfolgreich bei Fragen des Konsumentenschutzes.

Schneider: Wenn ich aber sehe, wie die SP im Nationalratrat beim Humanforschungsgesetz, das für uns sehr wichtig ist, gegen die Interessen unserer Region abgestimmt hat, steht das im Widerspruch zu den Aussagen von Claude Janiak.

Janiak: Ich bin nicht die SP, ich bin Herr Janiak und sitze im Ständerat. Ich habe bereits im Nationalratrat hier anders gedacht als meine Partei.

Schneider: Sie gehören aber einer Partei an, die sich in den für uns wichtigen Fragen als sehr forschungsfeindlich gegeben hat.

Ist das auch eine Eigenschaft eines Ständerats, dass er nicht für seine Partei spricht?

Janiak: Ja. Es ist Unsanft, im eigenen Namen oder im Namen seines Kantons zu reden, nie im Namen seiner Partei. Deshalb hat im Stöckli auch niemand etwas zu suchen, der nur sein Parteiprogramm durchsetzen will. Das sage ich nicht an die Adresse von Elisabeth Schneider, sondern an jene von Caspar Baader. Der Ständerat politisiert viel näher beim Volk, das hat eben eine Untersuchung nachgewiesen.

Geben Sie noch Ihre Meinung zu zwei Stichworten ab. Erstens: Diese Diskussion hier wäre überflüssig, wenn Baselland ein Vollkanton wäre.

Schneider: Jetzt ist es der falsche Zeitpunkt, um über zwei Vollkantone oder über Wiedervereinigung, diesen Wahlgag der Grünen, zu diskutieren. Besser ist es, erst die Wiedervereinigung zu simulieren, um Fakten zu erhalten. Das hat der Landrat so beschlossen. Erst müssen Fakten her. Ich gelte ja als Verfechterin der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, und da unterscheiden sich Claude Janiak und ich nicht. Es braucht mehr funktionale Räume und Grenzen statt politische.

Janiak: Ich habe vor zehn Jahren eine parlamentarische Initiative zum Thema Vollkanton eingereicht, das nun die SVP bringt. Ich hatte alle Basel-Städter und Baselländer hinter mir. Doch wenn sich heute bereits unsere Region nicht mehr einig ist, dann müssen wir in Bern erst gar nicht antreten wollen.

Zweites Stichwort: Caspar Baader meldet Ansprüche an, weil ein bürgerlicher Kanton einen echten bürgerlichen Ständerat braucht.

Schneider: Wenn man meine politischen Positionen auswertet, gelte ich als rechts-liberal. Ich werde oft links eingeordnet wegen meiner Haltung für mehr partnerschaftliche Zusammenarbeit und ich spreche mich klar für den Ausstieg aus der aktuellen Kernenergie aus. Man muss ohnehin aus diesem Links-Rechts-Denken ausbrechen und jemanden an seiner Haltung in Sachfragen messen.

Janiak: Ich wurde vor vier Jahren von 58 Prozent der Bevölkerung deutlich gewählt. Ist Baselland also bürgerlich? Der Kanton denkt zumindest bestimmt nicht so wie die Partei von Herrn Baader. Wenn ich die Abstimmungsergebnisse betrachte, stelle ich fest, dass Caspar Baader höchstens bei einem Drittel der Abstimmungen gleich lag wie sein Kanton. Das sieht bei mir ganz anders aus. Der Kanton ist ja auch schon durch SP-Männer wie Edi Belsler vertreten worden. Und siehe, er ging nicht unter. Vor vier Jahren wurde in erster Linie nicht der SP-Mann, sondern die Person Claude Janiak gewählt.

SVP schickt Caspar Baader

SVP setzt in ihrer Ständerats-Offensive auf Fraktionschef

Trotz der klaren Niederlage ihres Kandidaten Erich Straumann, der vor vier Jahren gegen Nationalrat Claude Janiak nur 34,5 Prozent der Stimmen geholt hat, macht die SVP dem inzwischen etablierten Janiak den Sitz erneut streitig. Das gehört zur nationalen Offensiv-Strategie der Rechts-Partei, und sie schickt dafür ihren gewichtigsten Mann im Baselland ins Rennen: Caspar Baader, ihren Fraktionschef in Bundesbern.

Baader scheint über das deutlich höchste Werbebudget zu verfügen – im Gegensatz zu Elisabeth Schneider (50 000 Franken) und Claude Janiak (125 000) ist der Betrag nicht bekannt. Zudem wird der Jurist aus Gelterkinden von der einflussreichen Wirtschaftskammer Baselland zur Wahl empfohlen und zudem finanziell unterstützt. Das sorgte



mehrfach für Aufregung: erstens, weil die ebenfalls bürgerliche Konkurrentin Elisabeth Schneider leer ausging, zweitens, weil Baader als Gegenleistung Still-schweigen zum Reizthema der Personalfrei-zügigkeit versprochen hat.

Mit Janiak, Baader und Schneider im Angebot dürfte die Entscheidung erst in einem zweiten Wahlgang fallen. (JG)